

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 141. Ratssitzung vom 25. Januar 2017

2643. 2016/103

Weisung vom 30.03.2016:

Präsidialdepartement, Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit», Ablehnung und Gegenvorschlag

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit» vom 18. Dezember 2014 wird abgelehnt.
2. Als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit» vom 18. Dezember 2014 werden wiederkehrende Ausgaben wie folgt bewilligt:
 - a. Zur Finanzierung von alle zwei Jahre stattfindenden interkulturellen Programmwochen jährliche Ausgaben von Fr. 200 000.–.
 - b. Zur Finanzierung von Projekten zur Förderung von «Austausch und Zusammenleben» jährliche Ausgaben von maximal Fr. 250 000.–.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet. Wird die Volksinitiative zurückgezogen, so untersteht der Gegenvorschlag dem fakultativen Referendum.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Zürich ist eine Stadt, in der das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft als Selbstverständlichkeit angesehen wird. Zürich verdankt dies der offenen Haltung der Leute, die diese Stadt ausmachen sowie der klaren politischen Zielsetzung und Umsetzung in den Bereichen der Integration und dem interkulturellen Zusammenleben. Zürich verdankt dies auch denjenigen, die den gesellschaftlich liberalen Geist von Zürich geprägt haben und gesellschaftliche Anstösse ausserhalb der etablierten Strukturen und Normen gegeben haben. Zürich hat seine Weltoffenheit jedoch auch besonders denjenigen zu verdanken, die nach Zürich ziehen – sei es aus dem Ausland oder Inland. Dies bereichert unser Zusammenleben. In einer Stadt generiert das Zusammenleben immer wieder Reibungsflächen, als Beispiel lässt sich die Lärmproblematik an der Langstrasse nennen. Fast immer sind diejenigen Gruppen, unter denen Reibungen entstehen, nicht durch ihre Herkunft gekennzeichnet, sondern durch Konflikte zwischen den Generationen, sozialen Milieus und deren ökonomischen Möglichkeiten. So sehr es Reibungsflächen gibt, so sehr hat der Stadtrat Recht, wenn er betont, dass das Zusammenleben im weltoffenen Zürich gut funktioniert und für uns eine*

Selbstverständlichkeit darstellt, obwohl es nicht selbstverständlich ist. So sehr das Zusammenleben in der Stadt selbstverständlich ist, so wenig lässt sich garantieren, dass zugezogene Menschen keine Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren. Diese muss nicht gewollt sein, sie kann sich auch subtil ausdrücken. Dies betrifft auch die Behördensprache. Zugezogene sind von den politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten viel zu oft ausgeschlossen. Menschen sollen an den gesellschaftlichen Prozessen, der Vielfalt und dem gelingenden Zusammenleben, das diese Stadt ausmacht, teilhaben können. Diese Problematik nimmt die Volksinitiative Weltoffenes Zürich auf. Das vorgestellte Konzept bezieht sich auf den Kulturaustausch, in dem Zürich bereits heute gut ist. Eine Stärkung des Konzeptes ist nichtsdestotrotz möglich. Konkret schlägt die Initiative vor, an zentraler Lage eine Liegenschaft zu erwerben oder zu mieten, in der unter städtischer Trägerschaft ein Kulturhaus etabliert werden kann. Für den Kauf der Liegenschaft sollen 25 Millionen, für die allfällige Miete eine Million Franken jährlich bewilligt werden. Die Stadt soll für die Betriebskosten aufkommen. Ziel der Initiative ist es, im Kulturhaus interkulturelle Veranstaltungen durchzuführen. Es sollen Sprachkurse in mindestens 10 Sprachen angeboten werden. Das Kulturhaus soll die notwendige Infrastruktur bereitstellen und niederschwellig für die gesamte Bevölkerung unabhängig vom Aufenthaltsstatus zugänglich sein. Die Initiantinnen und Initianten sehen in ihrem Beitrag einen Ansatz gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit. Sie sind geleitet von der Überzeugung, dass interkulturelle Begegnungen der Schlüssel zum Abbau von Vorurteilen sind. Dadurch können Schwierigkeiten, denen speziell Migranten und Migrantinnen ausgesetzt sind, reduziert werden. Der Stadtrat legt in seiner Weisung dar, weshalb er bei dieser Initiative zu viele Schwachstellen erkennt, obwohl er die grundsätzliche Stossrichtung unterstützt und deshalb einen Gegenvorschlag unterbreitet. Das bestehende Angebot in den Bereichen der Sprachkurse und interkulturellen Veranstaltungen ist gemäss Stadtrat vielseitig. Das Angebot soll laufend weiterentwickelt werden. Für ein Kulturzentrum im Sinn der Initianten erkennt der Stadtrat keinen ausgewiesenen Bedarf. Durch zentrale Veranstaltungsorte kann nur ein begrenztes Publikum erreicht werden. Diese Problematik haben wir bereits besprochen, als wir über das Kinderkulturhaus debattierten. Auch dort haben wir uns für einen dezentralen Ansatz entschieden. Der Gegenvorschlag, den der Stadtrat ausgearbeitet hat, besitzt folgende Eckpunkte: Es werden zwei Ansätze verfolgt, die dezentral aufgestellt sind. Alle zwei Jahre sollen interkulturelle Programmwochen durchgeführt werden. Es sollen unter diesem Dach verschiedene Aktivitäten zusammengeführt werden. Andererseits sollen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, die mehrjährige Projekte in grösserem Kostenumfang als bisher ermöglichen sollen. Diese Projekte sollen nachbarschafts- oder themenbezogen das gute Zusammenleben fördern. Beide Ansätze haben in der aktuellen Rechtsgrundlage noch keine Basis. Die Programmwochen sollen vor Ort stattfinden, Trägerschaften können vielfältig sein. Es können sich Institutionen beteiligen, die bereits unterstützt werden, es können aber auch private Stellen einbezogen werden. Die gesamte Trägerschaft der Programmwochen soll durch eine Ausschreibung eruiert werden. Nun werde ich auf den Kredit eingehen, der die zusätzlichen Angebote ermöglichen soll. Es geht um private Projekte, die unterstützt werden sollen. Es sollen Bevölkerungskreise mit geringen Partizipationsmöglichkeiten einbezogen werden. Die Laufzeit soll auf zwei bis fünf Jahre begrenzt sein. Pro Jahr sollen drei bis sechs laufende Projekte mit Beiträgen in Höhe von 50 000 bis 80 000 Franken mit dem neuen Instrument gefördert werden können. Der Stadtrat rechnet mit wiederkehrenden Ausga-

ben in Höhe von 450 000 Franken, davon belaufen sich 200 000 Franken auf die Programmwochen und 250 000 auf die Projekte. 90 000 Franken sollen zusätzlich für maximal 0,6 Vollzeitstellen für die Umsetzung ausgegeben werden. Mit den bestehenden Stellen ist eine Umsetzung nicht möglich. Wir haben in der Kommission die Initiative und den Gegenvorschlag intensiv diskutiert. Für die Diskussion waren auch die vorliegenden Anträge förderlich. Eine Mehrheit der Kommission beantragt die Ablehnung der Initiative und die Zustimmung zum unveränderten Gegenvorschlag. Es gibt verschiedene Motive für diese Entscheidung. Der gemeinsame Nenner von Initiative und Gegenvorschlag ist die Stärkung des interkulturellen Austauschs. Dieser Ansatz wird von der Mehrheit als richtig beurteilt. Das Initiativkomitee hat mehrmals bekräftigt, dass es die Initiative im Fall einer Zustimmung zum Gegenvorschlag zurückziehen wird.

Kommissionsmehrheit Dispositivpunkt A1:

Severin Pflüger (FDP): Ich begründe die Mehrheit, welche die Initiative ablehnt. Bei dieser Mehrheit handelt es sich um eine heterogene Gruppe aus der SVP, der GLP, den Grünen und der FDP. Wir folgen weitgehend der Begründung des Stadtrats, derzufolge ein Kulturzentrum für 25 Millionen Franken an einem zentralen Ort und wiederkehrende Kosten in Höhe von 2,5 Millionen Franken jährlich unzweckmässig sind. Wenn an einem zentralen Ort Kurse angeboten werden und es eine offene Küche gibt, muss es noch keinen Kulturaustausch geben. Es werden Menschen ausgeschlossen. Wenn Kulturaustausch stattfinden soll, muss man zu den Leuten gehen. Dazu muss man in die Quartiere und an die Orte gehen, wo Kultur stattfindet. Dieser Umstand wird im Gegenvorschlag aufgenommen. Für etwa 90 000 Franken jährlich haben wir bislang verschiedene Projekte unterstützt, ohne dass diese einen gemeinsamen Nenner hätten. Mit dem Gegenvorschlag versuchen wir, auf zwei Ebenen eine gemeinsame Basis zu schaffen. Einerseits geht es um die weitere Unterstützung von Projekten. So können für einzelne Projekte höhere Beiträge gesprochen werden. Andererseits geht es um Themenwochen, in denen der Kulturaustausch mit der Bevölkerung gesucht werden kann. Wir sind als Mehrheit, welche die Initiative ablehnt und den Gegenvorschlag annimmt, der Ansicht, dass mit weniger Geld eine grössere Wirkung erzielt werden kann. Wir sind froh, dass die Volksinitiative zurückgezogen wird. Kulturaustausch und Integration müssen einerseits voneinander getrennt, andererseits aber auch zusammen gedacht werden. Wenn Sie von Integration sprechen, nützt dies nichts, wenn Sprachunterricht in zehn verschiedenen Sprachen stattfindet. Wenn Leute integriert werden sollen, müssen sie vor allem Deutsch lernen. Gemeinsames Kochen hilft nicht bei der Integration. Integration kann nicht unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Leute betrieben werden. Andernfalls würden Leute ohne Aufenthaltsstatus integriert werden. Dafür müsste sich die Bundesgesetzgebung ändern. Wir können nicht flicken, was an anderen Orten in unserem Rechtssystem kaputt ist. Das ist wichtig. Ein Kulturhaus hat nicht primär eine integrative Funktion, es dient der Befriedigung einer komplexen Gesellschaft. In der Stadt leben Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturen, jeder möchte so leben, wie es ihm entspricht. Wir haben ein Spannungsfeld zwischen Kulturaustausch und Integration. Mit dieser Weisung kann der Widerspruch nicht aufgelöst werden.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag Dispositivpunkt A1 / Kommissionmehrheit Änderungsantrag Dispositivpunkte A2 und A3 / Kommissionsreferent Dispositivpunkt B:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die Fraktion der SP unterstützt sowohl den Gegenvorschlag als auch die Volksinitiative. Ich habe mich zur Volksinitiative bereits im Eintretensvotum geäußert. Wir sind der Überzeugung, dass der Ansatz, welcher der Initiative und dem Gegenvorschlag zugrunde liegt, unabhängig von der konkreten Ausgestaltung – nämlich die Förderung des Kulturaustausches – Unterstützung verdient. Beide Formen sind ein Gefäss, das der Unterstützung Rechnung trägt. Anjushka Früh (SP) wird unsere Unterstützung zur Initiative begründen. Die Mehrheit der Kommission beantragt die Zustimmung zum unveränderten Gegenvorschlag. Wir lehnen somit die Änderungsanträge aus der Fraktion der AL ab. Wir sind der Ansicht, dass der Änderungsantrag zum Dispositivpunkt A2, durch den die interkulturellen Programmwochen gestrichen werden sollen und der Betrag stattdessen der Projektförderung und den Deutschkursen zugute kommen soll, im Vergleich zum unveränderten Gegenvorschlag zwei Schwächen aufweist. Einerseits werden Mitnahmeeffekte, was die Förderung der Sprachkurse betrifft, produziert. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht mit neu geschaffenen Gefässen Dinge unterstützen, die bereits unterstützt werden. Andererseits ist eine Stärkung des Kulturaustauschs selbstverständlich auf die Öffentlichkeit gerichtet. Es geht um die gesellschaftliche Sensibilisierung und den öffentlichen Diskurs. Dieser Aspekt ginge durch die Streichung der interkulturellen Programmwochen verloren. Selbstverständlich handelt es sich um ein Gefäss, das entwickelt werden muss. Die notwendige kritische Beurteilung durch die Stadt wird erfolgen. Die AL beantragt eine Reduzierung der Stellenprozente. Die Mehrheit der Kommission findet den Bedarf nach zusätzlichen Stellenprozenten ausgewiesen. Die Umsetzung sollte nicht an einem Mangel an Ressourcen scheitern.

Kommissionsminderheit Änderungsanträge Dispositivpunkte A2 und A3:

Rosa Maino (AL): Die Volksinitiative geniesst mindestens als Impuls die Sympathie der AL-Fraktion. Die SVP schafft es aus jeder Vorlage, eine Anti-Masseneinwanderungsdebatte zu machen und nutzt so die parlamentarische Bühne für ihre Fremdenfeindlichkeit. Diese Fremdenfeindlichkeit ist schon längst gesellschaftsfähig geworden. Deswegen können wir verstehen, dass junge, gesellschaftlich und politisch interessierte Menschen dieser Szenerie etwas entgegensetzen wollen. Dies finden wir grundsätzlich unterstützungswürdig. Wir schätzen die Initiative mit dem geforderten zentralen Kulturzentrum als naiv ein. Die beabsichtigte Wirkung würde bestimmt verfehlt. Wir können der Initiative nicht zustimmen, zumal die Beträge sinnvoller eingesetzt werden können. Ein zentrales Kulturzentrum dient nicht den dringenden Bedürfnissen von Migrierenden und Asylbewerbenden, sondern den Bedürfnissen der Imagepflege der Stadt, die ihre Welttoffenheit effektiver in der direkten Unterstützung der betroffenen Menschen beweisen könnte. Die Stadtregierung tut dies bereits, es bestehen jedoch markante Lücken. Als Beispiel möchte ich die grösstenteils prekäre Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger im Asylbereich nennen. Ein weiteres Beispiel ist die Beratung und Unterstützung von Asylbewerbenden und Migrierenden. Der Verein Freiplatzaktion muss seine Beratungsaktionen immer wieder temporär aufgrund Überbelastung kürzen. Ich stelle mir vor, wie diesen Hilfesuchenden anstatt Hilfe ein Veranstaltungsflyer, der bestenfalls in einer für

sie verständlichen Sprache verfasst ist, in die Hand gedrückt wird und sie damit an eine interkulturelle Programmwoche einlädt. Damit sind wir beim ersten Änderungsantrag. Die AL beantragt die Streichung der Dispositivziffer A2 a. Die Idee einer solchen Weltoffenheitsparty lehnen wir als zynische Geste mit aller Vehemenz ab. Dem Änderungsantrag der Dispositivziffer A2 b. liegt die Überzeugung zugrunde, dass der Spracherwerb der allerwichtigste Teil der Integration ist. Wir erkennen in diesem Bereich eine konkrete Lücke. Der Kanton hat im November beschlossen, die Beiträge an den Spracherwerb zu reduzieren. Gemäss des Integrationsbeauftragten der Stadt wird dies wesentliche Auswirkungen auf die städtischen Massnahmen zum Spracherwerb haben. Dazu beantragt die AL eine zusätzliche Dispositivziffer 3. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Umsetzung des Gegenvorschlags mit maximal 0,2 Stellenwerten realisiert wird. Die Verteilung der Projektbeiträge müsste maximal mit einem Tag pro Woche umsetzbar sein. Nachdem die private Trägerschaft bestimmt sein wird, sollten keine zusätzlichen Aufwendungen mehr entstehen.

Kommissionsminderheit Dispositivpunkt A2:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Hier soll ein Anti-SVP-Kulturzentrum entstehen. Ich hätte Anjushka Früh (SP) gerne vor meinem Votum gehört, um zu erfahren, warum die SP als Partei die Volksinitiative unterstützt. Diese Initiative wirkt wie die Person, die in eine Bäckerei geht und eine Cremeschnitte und den Weltfrieden wünscht. Ich verstehe, wenn junge Idealisten aus dem linken Spektrum eine solche Initiative auf die Beine stellen und der SVP zeigen wollen, wer stärker ist. Der Umstand, dass die SP solche Idealisten unterstützt, nachdem die stadträtliche Antwort und der Gegenvorschlag vorliegen, ist erstaunlich. Die SP will ein interkulturelles Zentrum für 25 Millionen Franken unterstützen. Der Nutzen, der vom Stadtrat klar in Abrede gestellt wird, scheint die SP nicht zu interessieren. Auch der Umstand, dass der Stadtrat gesagt hat, es gebe einen Subventionsauftrag nur für die deutsche Sprache, ist für die SP uninteressant. In der Initiative ist von einem bedarfsgesteuerten Angebot die Rede. Deshalb wissen wir nicht, wie sich das Angebot im Verlauf der Jahre entwickeln wird. Vielleicht werden künftig auch Minderheitensprachen unterrichtet. Die SP scheint dem günstigen und durchdachten Vorschlag des Stadtrats ablehnend gegenüber zu stehen. Die Migranten gemäss Initiative haben mit erheblichen Schwierigkeiten im Alltag zu kämpfen. Sie werden ausgegrenzt und kapseln sich ab. Die Initianten und die SP wollen eine offene und solidarische Stadt, in der alle leben können und sich niemand ausgegrenzt fühlt. Dies ist sehr schön, aber auch sehr teuer. In der bereits erwähnten schriftlichen Anfrage hat der Stadtrat ausführlich gesagt, dass es keine massgeblichen Probleme im interkulturellen Zusammenleben in dieser Stadt gebe. Es gibt keine Segregation, das Zusammenleben funktioniert gut. Es gibt keine Ghettos. Selbstverständlich wird auch gesagt, dass eine laufende Überprüfung und Anpassung notwendig ist. Die SVP ist gegen interkulturelle Programmwochen. Es braucht nicht immer mehr für die Sozialindustrie. Die Last ruht auf den Schweizern und nicht auf denjenigen, die sich integrieren sollten. Aus unserer Sicht gibt es sehr viele Integrationsprojekte. Es wird sehr viel Geld dafür ausgegeben. Alle Gemeinschaftszentren arbeiten an der Integrationsförderung, die Stadt unterstützt bereits jetzt 90 Integrationsprojekte. Es kommen jährlich weitere Projekte dazu. Dies ist ausreichend.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *In der Stadt leben Menschen mit unterschiedlichster Herkunft. Drei von zehn Einwohnerinnen und Einwohnern haben keinen Schweizerpass, vier von zehn sind im Ausland geboren und sechs von zehn haben einen so genannten Migrationshintergrund. Dies bedeutet, dass die Stadt von Vielfalt und interkulturellem Austausch geprägt ist. Die Stadt hat schon immer davon profitiert. Letztes Jahr haben wir das hundertjährige Jubiläum von Dada gefeiert. Die meisten Dadaisten sind geflohen und haben in Zürich Zuflucht gefunden. Das Zusammenleben zwischen der zugezogenen Bevölkerung und denjenigen, die schon seit längerer Zeit hier leben, funktioniert gut. Es gibt kaum Konflikte und Problemstellungen, die sich interkulturell erklären liessen. Dies verdanken wir vor allem der weltoffenen Bevölkerung. Integration funktioniert an den Schulen, in den Betrieben, in den Wohnbaugenossenschaften und den Vereinen. Trotzdem müssen wir weiterhin Herausforderungen und Entwicklungen im Auge behalten. Wir müssen uns weiterentwickeln. Der Stadtrat hat die Initiative geprüft und teilt die zugrundeliegenden Ziele. Dennoch erachtet er eine Einrichtung einer zentralen Institution, die von der Stadt geführt werden soll, als zu wenig zielführend. Es ist inhaltlich zu wenig gut ausgerichtet. Es ist auch zu teuer. Deshalb hat der Stadtrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Durch den stadträtlichen Vorschlag kann das interkulturelle Zusammenleben in Zürich gestärkt und besser sichtbar gemacht werden. Ich bitte Sie, die Volksinitiative abzulehnen und sich für die Umsetzung des Gegenvorschlags stark zu machen. Der Stadtrat empfiehlt die Ablehnung der Änderungsanträge. Die Erweiterung des Förderungszwecks zum Erwerb der deutschen Sprache ist unnötig, weil in der Stadt das Deutschlernen durch die Umsetzung eines umfassenden Konzepts gefördert wird. Dieses Konzept wird derzeit überarbeitet, es wird Ihnen im Sommer gemeinsam mit den notwendigen Kreditweisungen vorgelegt. Eine Vermischung mit dem Gegenvorschlag ist aus unserer Sicht nicht sachgerecht. Wir bitten Sie auf die Beschränkung auf 0,2 Stellenprozente zu verzichten. Ich kann Ihnen versichern, dass wir die notwendigen Begleit- und Kontrollaufgaben realistisch eingeschätzt haben. Wenn die notwendigen Stellenwerte nicht zur Verfügung stehen, müssen bei der Qualität Abstriche gemacht werden. Wenn Gelder an Private vergeben werden, benötigt es eine gewisse Kontrolle. Wir müssen dieses Controlling situationsgerecht leisten können.*

Weitere Wortmeldungen:

Muammer Kurtulmus (Grüne): *Die Grüne Fraktion unterstützt einstimmig den Gegenvorschlag des Stadtrats. Die Initiative werden wir mehrheitlich ablehnen. Wir sprechen über ein grosses Thema. Es betrifft die Hälfte der Zürcher Bevölkerung. Durch diese Bemühungen zeigt man der Bevölkerung mit Migrationshintergrund grosse Wertschätzung. Die Idee, ein Kulturzentrum zu schaffen, finden wir grundsätzlich sympathisch, jedoch nicht notwendig. Es gibt bereits viele Sprachlernangebote. Der Gegenvorschlag ist eine gute Lösung. Das Zusammenleben zwischen Migranten und Einheimischen wird in der Stadt unterstützt und gefördert. Die Kürzung der Stellenprozente lehnen wir ab. Ich finde die Idee sympathisch, weil Integrationsförderung bereits jetzt viele Ressourcen hat. Es gibt bereits jetzt Beziehungen zu den Migrantenorganisationen. Es können Synergien genutzt werden.*

Roger Liebi (SVP): *Wie die AL sind auch wir der Ansicht, dass die Volksinitiative abgelehnt werden muss. Wir sind nicht die einzigen, die diese Volksinitiative ablehnen. Ich wundere mich über die SP, die von der JUSO vorgeführt wird. Die SP muss erkennen, dass die Volksinitiative nicht zielführend ist. Integration ist nicht nur eine Geldfrage. Stadtpräsidentin Corine Mauch hat den Dadaismus eingebracht, das ist irritierend. Sie hätte genauso gut sagen können, dass wir 2016 und 2017 ein Lenin-Jubiläum feiern. Heute wurde gesagt, Integration funktioniere. Es gibt in Zürich 90 Integrationsprojekte. Eigentlich sollten die Integrationsprojekte integriert werden. Diese Projekte sollten miteinander koordiniert werden, damit sie zielführend werden. Jetzt soll im Integrationsbereich weiter ausgebaut werden. Es soll um Austausch und Zusammenleben gehen. Wir wissen nicht, was damit gemeint ist. Sie übertreffen sich mit Massnahmen. Jede Massnahme soll die Integration verbessern. Wenn das notwendig ist, konnte das Ziel offenbar bislang nicht erfüllt werden. Ich verstehe auch nicht, wieso uns der Kanton zwingt weitere 80 000 Menschen zu integrieren. Die Menschen fühlen sich offenbar sehr wohl in der Stadt und man braucht nicht zusätzliche Integrationsprojekte.*

Isabel Garcia (GLP): *Austausch, Zusammenhalt, Integration und Weltoffenheit unterstützt die GLP. Die Volksinitiative nimmt ein wichtiges Anliegen auf, schießt jedoch über das Ziel hinaus. Ein zentraler Ort ist nicht mehr zeitgemäss. Die Vielfalt der Aktivitäten wirkt gesucht. Der Gegenvorschlag beinhaltet einerseits interkulturelle Programmwochen und Projekte zum Austausch und Zusammenhalt. Interkulturelle Programmwochen wirken auf uns zu unklar. Es wirkt wie ein Festival der Kulturen. In diesem Bereich gibt es bereits Einiges. Es ist fraglich, inwiefern diese Programmtage einen Mehrwert für das alltägliche Zusammenleben bieten. Deshalb unterstützen wir den Antrag der AL. Die Ressourcen sollen in Spracherwerb und Projekte zum Austausch und Zusammenhalt investiert werden. Die kleineren Projekte entsprechen einem Modell, das wir bereits kennen. Es sind relativ kleine Projekte mit begrenzter Laufzeit und klar definierten Zielen. Diese Lösung scheint uns bodenständig und lösungsorientiert. Ein zentraler Punkt ist bei uns der Spracherwerb. Für uns ist das Beherrschen der deutschen Sprache essentiell für die Integration. Integration, Austausch, Zusammenhalt sind nur möglich, wenn man gewisse Grundkenntnisse der Umgangssprache beherrscht. Wir sind der Auffassung, dass es keine bessere Investition gibt als diejenige in den Spracherwerb. Die Stadt kann hier nicht zu viel investieren. Auch bei den Stellenprozenten unterstützen wir den Antrag der AL. Es gibt bereits jetzt die entsprechenden Teams, Strukturen und das Wissen, um eine Abwicklung zu ermöglichen.*

Severin Pflüger (FDP): *Wir sind beim Dispositivpunkt A2 bei der Mehrheit. Wir sind somit gegen eine Investition in Deutschkurse. Unserer Ansicht nach geht es in der Volksinitiative und im Gegenvorschlag nicht um Integration, sondern um kulturellen Austausch. Beides sind Instrumente, die zur Befriedung einer Gesellschaft dienen. Wenn Sie eine Umwidmung in Deutschkurse fordern, dann geht es nicht mehr um kulturellen Austausch, sondern um Integration. Kultureller Austausch und Integration zielen auf denselben Zweck ab, aber sie stehen in einem offenen Widerspruch zueinander. Es ist nicht zutreffend, dass für den Erwerb der deutschen Sprache zu wenig in der Stadt gemacht wird. Wir haben sehr viele Gefässe für den Erwerb der deutschen Sprache. Wir haben*

verschiedenste Angebote. Es wird hier so getan, als gäbe es überhaupt nichts. Deshalb wollen wir Integration und kulturellen Austausch nicht vermischen. Deshalb sind wir beim Dispositivpunkt A2 nicht dabei. Beim Dispositivpunkt A3 schliessen wir uns der Minderheit an. Eine Reduktion auf 0,2 Stellenprozente ist möglich.

Anjushka Früh (SP): Jean-Daniel Strub (SP) hat bereits ausführlich dargelegt, mit welchen Problemen die Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt zu kämpfen haben. Die Volksinitiative hat zum Ziel, das gegenseitige Verständnis zu fördern und den migrationspolitischen Diskurs positiv zu prägen. Zudem soll fremdenfeindlichen und abweichenden Stimmungen in der Stadt entgegengewirkt werden. Die Volksinitiative wählt den Weg des interkulturellen Austauschs. Integration bedeutet nicht nur, dass Fremdes gleich gemacht werden soll, sondern auch, dass kulturelle Unterschiede als gesellschaftliche Bereicherung wahrgenommen werden. Das Verständnis und das Interesse daran sollen gefördert werden. Das Volksanliegen stellt den Austausch zwischen Menschen mit verschiedenen Hintergründen ins Zentrum. Das vorgeschlagene Kulturzentrum kann den notwendigen Raum schaffen und zu einem Ort des Dialogs und Miteinanders werden, an dem auch sprachliche Barrieren abgebaut werden können. Es ist nicht das Ziel der Volksinitiative bestehende Angebote zu konkurrenzieren oder zu ersetzen. Die Initiative sieht sich als Ergänzung zu den bestehenden Angeboten. Durch den Austausch mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung kann einer Separierung zwischen den Bevölkerungsgruppen entgegengewirkt werden. Menschen mit Migrationshintergrund finden im interkulturellen Austausch die Möglichkeit, sich in der Stadt respektiert zu fühlen. Die Stadt kann als gutes Vorbild vorausgehen und einen Beitrag zu einer von gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Akzeptanz geprägten Gesellschaft leisten. Deshalb unterstützt die Fraktion der SP die Initiative und den Gegenvorschlag.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): In einer Zeit, in der fremdenfeindliche Äusserungen auch auf oberster Regierungsebene salonfähig sind, tut es gut, in einer Stadt zu leben, in der sich die Stadtregierung klar positioniert als weltoffen; in einer Stadt, in der es keinen Raum für Diskriminierung und Ausgrenzung gibt. In dieser Stadt soll die ganze Bevölkerung partizipieren können. Ein grosser Teil des Reichtums in der Schweiz ist der Migrationsbevölkerung zu verdanken. Gerade die Stadt Zürich zeigt seit 100 Jahren, dass sie ohne Menschen mit Migrationshintergrund nicht so reich geworden wäre. Seit hundert Jahren haben wir einen mehr oder weniger konstanten Anteil von 30 % Menschen mit Migrationshintergrund. Je grösser der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in einem Stadtteil ist, umso offener ist die Bevölkerung und umso besser funktioniert das interkulturelle Zusammenleben. Genau dieses friedliche Zusammenleben entsteht durch Arbeit und Projekte, die durch die Stadt oder private Vereine geleitet werden. Deshalb gefällt mir die Idee eines zentralen Kulturhauses. Kultur wird so breit verstanden, dass dort auch ein Angebot für Sans Papiers bestehen soll. Als Mitglied des Komitees bin ich froh, dass die Stadtregierung gesprächsbereit ist. Die Stadt will einerseits ein Zeichen setzen und andererseits den Projektkredit erweitern, damit in den Quartieren die notwendige Integrationsarbeit geleistet werden kann. Diese Unterstützung motiviert die Freiwilligen, dranzubleiben. Es geht nicht nur ums Geld, sondern auch um Unterstützung und Beratung.

Karin Weyermann (CVP): Zürich ist eine weltoffene Stadt und macht bereits heute viel für den Kulturaustausch. Die Volksinitiative schießt über das Ziel hinaus. Die CVP unterstützt den Änderungsantrag zum Gegenvorschlag. Uns überzeugt am Gegenvorschlag vor allem, dass dadurch grössere Projekte unterstützt werden können. Dies ist heute noch nicht möglich. Heute werden 90 Projekte mit kleineren Beiträgen unterstützt. Programmwochen sind nicht zwingend nötig. Es geht nicht darum, allen zu zeigen, dass Zürich eine weltoffene Stadt ist. Es geht um das Leben im Alltag. Die Verwaltung hat bereits heute Möglichkeiten und Stellen. Deshalb folgen wir auch bei den Stellenprozenten der AL.

Stefan Urech (SVP): Kulturaustausch ist etwas vom Schönsten und Spannendsten. Die Unterschiede zwischen den Kulturen werden geschätzt. Den Willen zur Integration haben viele Migranten und Flüchtlinge. Andere haben diesen Willen nicht. Diejenigen, die den Willen und das Grundinteresse an der anderen Kultur nicht haben, werden diesen Willen nicht durch Geld, Programmwochen oder soziokulturellen Programme entwickeln. Geld ist hier keine Lösung. Ich habe das erlebt. Wenn man Interesse an der Kultur und am Austausch hat, ist es möglich, sich zu integrieren. Es gibt Fussballvereine, Gemeinschaftszentren und Lehrpersonen. Jede Lehrperson hilft Integrationswilligen. Kreisparteien leisten Integrationsarbeit. Diejenigen, die kein Interesse daran haben, werden sich nicht überzeugen lassen. Wir haben unterschiedliche politische Meinungen. Die Moralkeule der Linken ist nicht tragbar.

Walter Angst (AL): Am 29. August 2003 hat die SP eine Volksinitiative zur Förderung der Wohnlichkeit und des Gewerbes im Kreis vier eingereicht. Es sollte mit 20 Millionen Franken eine Stiftung gegründet werden. Stadtrat Martin Vollenwyder hat gesagt, dies schieße über das Ziel hinaus. Es wurden zwei Millionen Franken investiert, um das Gewerbe an der Langstrasse zu fördern. Nach zwei Jahren wurde das Projekt eingestellt, weil der erwartete Nutzeffekt nicht eintrat. Es stellt sich die Frage, ob die Ziele mit der vorliegenden Volksinitiative und dem Gegenvorschlag erreicht werden können. Nach den Ausführungen von Severin Pflüger (FDP) zur Integration und zum interkulturellen Austausch bin ich gespannt, wie das Reglement aussehen wird. Ich glaube, es gibt durchaus sinnvolle Möglichkeiten. Der Austausch in den Genossenschaften zwischen Schweizern und Ausländern könnte beispielsweise gefördert werden. Ich hoffe, dass dies kultureller Austausch und nicht Integration ist. Andernfalls würde es schwierig, das Geld überhaupt investieren zu können. Ich finde die Trennung absurd, falls sie zu stark vollzogen werden sollte. Wenn Einzelprojekte gefördert werden, kann dies sehr fruchtbar werden. Andernfalls können wir den Betrag im Rahmen des Budgets kürzen.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

10 / 13

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A1:

1. Die Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit» vom 18. Dezember 2014 wird ~~abgelehnt~~ angenommen.

Mehrheit:	Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Muammer Kurtulmus (Grüne)
Minderheit:	Vera Ziswiler (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Duri Beer (SP), Heidi Egger (SP), Mark Richli (SP)
Enthaltung:	Rosa Maino (AL)
Abwesend:	Severin Pflüger (FDP), Referent Mehrheit; Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A2:

2. Als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit» vom 18. Dezember 2014 werden wiederkehrende Ausgaben wie folgt bewilligt:
 - ~~a. Zur Finanzierung von alle zwei Jahre stattfindenden interkulturellen Programmwochen jährliche Ausgaben von Fr. 200 000.-.~~
 - b. Zur Finanzierung von Projekten zur Förderung von «Austausch und Zusammenleben und dem Erwerb der deutschen Sprache» jährliche Ausgaben von maximal Fr. 250 000.- Fr. 450 000.-.

Mehrheit:	Vera Ziswiler (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Muammer Kurtulmus (Grüne)
Minderheit:	Rosa Maino (AL), Referentin; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Markus Merki (GLP)
Abwesend:	Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neuer Dispositivpunkt A3

11 / 13

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgenden neuen Dispositivpunkt A3:

3. Die Umsetzung des Gegenvorschlags erfolgt mit max. 0.2 zusätzlichen Stellenwerten.

Mehrheit:	Vera Ziswiler (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Muammer Kurtulmus (Grüne)
Minderheit:	Rosa Maino (AL), Referentin; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Roger Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 53 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A1.

Mehrheit:	Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Muammer Kurtulmus (Grüne)
Minderheit:	Vera Ziswiler (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Duri Beer (SP), Heidi Egger (SP), Mark Richli (SP)
Enthaltung:	Rosa Maino (AL)
Abwesend:	Severin Pflüger (FDP), Referent Mehrheit; Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A2.

Mehrheit:	Vera Ziswiler (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Muammer Kurtulmus (Grüne)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
Enthaltung:	Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP)
Abwesend:	Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

12 / 13

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird über den neuen Dispositivpunkt A3 abgestimmt.

Schlussabstimmung über den neuen Dispositivpunkt A3

Der Rat stimmt dem neuen Dispositivpunkt A3 mit 65 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Zustimmung: Vera Ziswiler (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Roger Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Muammer Kurtulmus (Grüne),
Enthaltung: Rosa Maino (AL)
Abwesend: Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit» vom 18. Dezember 2014 wird abgelehnt.
2. Als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein weltoffenes Zürich – Kulturaustausch statt Fremdenfeindlichkeit» vom 18. Dezember 2014 werden wiederkehrende Ausgaben wie folgt bewilligt:
 - a. Zur Finanzierung von alle zwei Jahre stattfindenden interkulturellen Programmwochen jährliche Ausgaben von Fr. 200 000.–.
 - b. Zur Finanzierung von Projekten zur Förderung von «Austausch und Zusammenleben» jährliche Ausgaben von maximal Fr. 250 000.–.
3. Die Umsetzung des Gegenvorschlags erfolgt mit max. 0,2 zusätzlichen Stellenwerten.



13 / 13

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet. Wird die Volksinitiative zurückgezogen, so untersteht der Gegenvorschlag dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Februar 2017 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat